

Ausgangslage

In Baden-Württemberg geht es uns heute so gut wie selten zuvor. Wir sind die Wachstumslokomotive in Deutschland und der Innovations-Europameister. Die Zahl der Erwerbstätigen ist auf einem neuen Rekordhoch, in den meisten Regionen herrscht nahezu Vollbeschäftigung, die Reallöhne steigen.

Gleichzeitig stehen wir vor großen Herausforderungen. Sie werden darüber entscheiden,

- ob unsere Gesellschaft weiter zusammenhält
- ob Baden-Württemberg wirtschaftlich weiter spitze bleibt,
- ob wir unsere Lebensgrundlagen erhalten und einen wirksamen Beitrag für den Klimaschutz leisten.

Die grün-schwarze Landesregierung geht diese Herausforderungen mit Mut, Zuversicht, Tatkraft und Entschlossenheit an. Denn wir wissen: Baden-Württemberg ist ein starkes Land mit einer engagierten Bürgerschaft.

Grün-Schwarz stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Unser Land lebt von der Gestaltungskraft seiner Bürgerinnen und Bürger. Es ist bei uns gute Tradition, dass die Menschen sich einbringen, sich um andere kümmern und das Gemeinwesen gemeinsam gestalten. Aber auch bei uns erleben manche Menschen die Umbrüche der Zeit als Überforderung und Kontrollverlust - von der Globalisierung bis zur gesellschaftlichen Modernisierung, von der Flüchtlingskrise bis zum islamistischen Terrorismus. Sie fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem Abstieg. Die grün-schwarze Landesregierung nimmt diese Entwicklung ernst. Damit unser Land stark bleibt, haben wir zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Grün-Schwarz stärkt die Innovationskraft

Unser Land soll auch in Zukunft wirtschaftlich spitze sein. Deswegen hat die grün-schwarze Landesregierung eine neue Innovationskultur in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt: in Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir haben Maßnahmen angestoßen, die dafür sorgen, dass unsere Unternehmen innovativ bleiben und die Chancen des neuen digitalen Zeitalters erfolgreich nutzen können.

Grün-Schwarz sorgt für nachhaltige Entwicklung

Unsere Heimat ist nicht nur ein erfolgreicher Industriestandort, sondern auch ein Land mit wunderbaren Natur- und Kulturlandschaften. Die grün-schwarze Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, dass wir die Natur für unsere Kinder und Enkelkinder erhalten und dass sich wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand mit Ökologie und Klimaschutz verbinden lässt. Wir werden in Baden-Württemberg beweisen, dass man mit grünen Ideen diesen Planeten erhalten und zugleich schwarze Zahlen schreiben kann.

Das zeigen wir auch mit unserer nachhaltigen Finanzpolitik: Wir machen keine neuen Schulden, wir verzichten auf Steuererhöhungen - und erstmals in der Geschichte des Landes bauen wir Schulden ab. Unter Grün-Schwarz tickt die Schuldenuhr in Baden-Württemberg rückwärts.

Grün-Schwarz ist das richtige Bündnis für hier und jetzt

Grün-Schwarz hat bewiesen, dass es das richtige Bündnis für die Herausforderungen der Zeit ist. Die Landesregierung spiegelt die ganze Breite Baden-Württembergs wider - vom urbanen Bildungsbürgertum bis zum Schwarzwaldbauern. Sie steht für die Vielfalt unserer modernen Gesellschaft. Die Koalition ist -

gerade auch wegen der Unterschiede zwischen den Partnern - in der Lage, den Zusammenhalt aus der Mitte heraus zu stärken und gemeinsam die großen Herausforderungen für unser Land zu meistern.

Und ja: In der Koalition sind wir nicht immer einer Meinung, manchmal gibt es auch Konflikte. Aber wir gehen damit produktiv um. Immer mit dem Ziel, das Beste für unser Land zu erreichen.

Was wir auf den Weg gebracht haben - und weiter vorantreiben

Für gelingende Integration

- Mit dem Pakt für Integration mit den Kommunen setzen wir mit Integrationsmanagern neue Standards. Wir sorgen dafür, dass aus Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger werden.
- Ein Landesbeirat für Integration, der aus 13 Expertinnen und Experten besteht, wird die Landesregierung zukünftig bei wichtigen Fragen der Integrationspolitik unterstützen.
- Weil Sprache für die Integration so wichtig ist, investieren wir zusätzlich in die Sprachförderung in Kitas und Kindergärten. Wir haben im Haushalt die Voraussetzung für die Verlängerung von bis zu 1000 Stellen für Vorbereitungsklassen geschaffen.
- Wir haben eine Task-Force im Wirtschaftsministerium geschaffen mit dem Ziel, Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit zu bringen - einer der wichtigsten Schlüssel für gelingende Integration.
- Mit einem Förderprogramm ermöglichen wir es verfolgten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ihr Arbeit in einem sicheren Umfeld in Baden-Württemberg fortzusetzen.

Freiheit und Sicherheit schützen

- Die Landesregierung plant mit einer Einstellungsoffensive die größte personelle Aufrüstung in der Geschichte der Landespolizei! Schon im Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, 1500 neue Stellen bei der Polizei zu schaffen. Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 haben wir die Weichen dafür gestellt.
- Die ohnehin für die kommenden Jahre vorgesehene Einstellung von 1400 Anwärtnerinnen und Anwärtern pro Jahr erhöhen wir nun auf 1800! Damit können in den kommenden Jahren rund 3600 fertig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten mit dem Dienst beginnen.
- Mit einem weiteren Sicherheits-Paket gehen wir konsequent gegen Terror und schwerste Kriminalität vor und ergreifen geeignete Maßnahmen auch gegen sogenannte Gefährder. Dabei bewahren wir die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.
- In der Justiz haben wir in 2017 70 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte und 70 Stellen im Strafvollzug geschaffen. Mit dem für 2018/2019 beschlossenen Doppelhaushalt haben wir weitere 91 Stellen für Richter und Staatsanwälte ermöglicht. Damit reagieren wir auf die angestiegenen Verfahren.
- Wir haben schnell auf die Unwetter im Mai und Juni 2016 reagiert - und haben den betroffenen Menschen unbürokratisch geholfen.
- Mit jeweils 2,5 Millionen Euro jährlich 2018/2019 ermöglichen wir die Finanzierung einer angemessenen Ausstattung der Organisation der Berg- und Wasserrettung sowie des Katastrophenschutzes.

- Es wird nach Inkrafttreten des Doppelhaushalt 2018/19 ein Investitionsprogramm für den gesamten Rettungsdienst aufgestellt.
- Wir stärken den Landesbeauftragten für Datenschutz, der künftig eine eigenständige, oberste Landesbehörde ist und weitere Aufgaben erhalten wird, durch das Schaffen weiterer Stellen im Doppelhaushalt 2018/2019. Damit stärken wir auch dessen Funktion als unabhängige Kontrollinstanz und den Schutz von Bürgerrechten.

Mehr Qualität und Gerechtigkeit in der Bildung

- Bildung ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir investieren besonders viel in die Bildung. Jeden fünften Euro gibt das Land nun für Bildung aus.
- Der Etat des Kultusministeriums umfasst im Haushaltsjahr 2018 mehr als elf Milliarden Euro. Im Vergleich zum Jahr 2017 ist dies eine Steigerung um über 476 Millionen Euro. Im Haushaltsjahr 2019 kommen weitere 273 Millionen Euro dazu.
- Es werden keine Lehrerstellen abgebaut - 700 Lehrerstellen, die ursprünglich gestrichen werden sollten, bleiben bestehen. Vom Stopp des Abbaupfads profitieren sowohl die Realschulen als auch die anderen Schularten im ganzen Land. Für bildungspolitische Maßnahmen werden aber insgesamt 1352 Deputaten für 2018 und 2019 bereitgestellt.
- Im Einzelnen im Überblick - mit Beschreibung folgt unten:

○ Erhöhung Kontingenzstundentafel an Grundschulen:	160 Deputate
○ Ausbau Ganztagsgrundschulen:	106 Deputate
○ Umsetzung der Inklusion:	318 Deputate
○ Poolstunden an Realschulen:	257 Deputate
○ Aufbaukurs Informatik	174 Deputate
○ Weiterentwicklung gymnasiale Oberstufe:	65 Deputate
○ Weitere Ausbaustufe Ethik:	71 Deputate
○ Weiterer Ausbau islamischer Religionsunterricht:	40 Deputate
- Besonders im Fokus ist die Stärkung der Grundschulen - ein wichtiges grünes Anliegen und ein Schwerpunkt unserer Bildungspolitik in der neuen Legislaturperiode. Um die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen weiter zu stärken, haben wir den Grundschulen zur Erhöhung der Kontingenzstundentafel zusätzlich 160 Deputate zur Verfügung gestellt. Den Ursachen des IQB-Studienergebnisses gehen wir systematisch auf den Grund.
- Weil gute Lehrerinnen und Lehrer gute Schulen ausmachen, bilden wir in den kommenden Jahren mehr als 5000 Haupt- und Werkrealschullehrkräfte an Seminaren und an Pädagogischen Hochschulen für den Einsatz an Gemeinschafts- und Realschulen und im Bereich der Sonderpädagogik fort. Nach erfolgreicher Absolvierung der Weiterqualifizierung erhalten die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte die Möglichkeit, von der Besoldungsstufe A12 auf die A13 aufzusteigen. Damit geben wir den betroffenen Lehrkräften eine Perspektive für eine Beschäftigung in weiteren Schularten. Hierfür stellen wir rund 38 Millionen Euro in den Haushalt.
- Wir haben 200 neue Studienplätze fürs Grundschullehramt geschaffen. Denn wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, um die Qualität in der Grundschule zu garantieren und Unterrichtsausfälle zu verringern. Damit reagieren wir auf die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen.
- Die Ganztagschulen bauen wir weiter konsequent aus - vor allem Grundschulen. Wir haben für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen über 100 Deputate bereitgestellt.

- Wir haben ein neues flexibleres Konzept für die Realschulen auf den Weg gebracht und stellen 2017/2018 zusätzliche rund 260 Lehrerstellen für Poolstunden zur Verfügung, um die Realschulen fit für die Zukunft zu machen.
- Das bewährte Gymnasium haben wir ebenfalls gestärkt. Wir haben zusätzliche Vertiefungsstunden in Klasse 10 eingeführt, um den Übergang in die Oberstufe zu verbessern. Damit bereiten wir die Schülerinnen und Schüler noch besser aufs Abitur vor.
- Auch in Zukunft können neue Gemeinschaftsschulen entstehen - und auch Oberstufen sind möglich, wenn die dafür notwendige Mindestschülerzahl erreicht wird. Mit Konstanz und Tübingen haben wir bisher zwei Gemeinschaftsschulen, die die Genehmigung erhalten haben, eine gymnasiale Oberstufe einzurichten. Weitere GMS haben bereits Anträge gestellt, wie etwa Esslingen oder Wutöschingen. Ein ganz wichtiger Punkt ist uns dabei, dass die Anschlussmöglichkeiten gesichert sind. Insbesondere die Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe benötigen eine sichere Anschlussmöglichkeit, um zum Abitur zu kommen. Deshalb war es uns wichtig, dass Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule den gleichen Zugang an die beruflichen Gymnasien erhalten wie die Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss. Voraussetzung dabei ist, dass sie auf erweitertem Niveau arbeiten und nur eine Fremdsprache erworben haben.
- Die Einführung des Ethikunterrichts ist eine weitere wichtige gesellschaftliche und soziale Herausforderung, die wir in den nächsten Jahren angehen wollen. Für den stufenweisen Ausbau stellen wir im Landeshaushalt 2018/2019 zusätzlich 71 Deputate zur Verfügung. Damit wird das Fach Ethik ab dem Schuljahr 2019/20 absteigend ab Klasse 7 in den Schularten Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen, Gymnasien sowie den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren eingeführt.
- Die Digitalisierung ist eine große bildungspolitische Herausforderung. Wir wollen die digitale Bildung an unseren Schulen stärker verankern. Hierfür werden wir die Informatik mit dem „Aufbaukurs Informatik“ in Klasse 7 aller weiterführenden Schulen, mit dem Profulfach „Mathematik, Physik, Informatik“ in den allgemeinbildenden Gymnasien und im erweiterten Niveau der Gemeinschaftsschulen sowie mit dem Wahlfach „Informatik“ in den Realschulen, Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen verankern. Dafür stellen wir 174 zusätzliche Deputate zur Verfügung.
- Zur Wahrheit gehört in diesem Zusammenhang auch: Der geplante Aufbau und die Umsetzung der Bildungsplattform „ella“ verzögert sich aufgrund von technischen Schwierigkeiten; das Kultusministerium muss das Projekt neu ausschreiben. Wir bedauern die Verzögerungen und dass unsere Schulen weiter auf eine zukunftsfähige Lehr- und Lernplattform warten müssen.
- Wir setzen den Ausbau der Kitaplätze fort und unterstützen, dass Kitas sich zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln können. Diese Zentren bieten ein Netzwerk zur niederschweligen Beratung und Unterstützung von Familien.
- Mit dem neuen Pakt für gute Bildung und Betreuung wollen wir nach dem massiven Ausbau der Betreuungsplätze nun die Qualität der frühkindlichen Bildung konsequent weiterentwickeln. Wir wollen mit diesem Pakt u.a. die Sprachförderung ausbauen, eine Ausbildungsinitiative für Fachkräfte Kita starten, die Inklusion in unseren Kitas unterstützen, die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern, die Kindertagespflege finanziell und qualitativ fördern sowie den Orientierungsplan weiterentwickeln und fortschreiben. Darüber hinaus wollen wir über den Pakt hinaus erstmalig in die Förderung der Leitungszeit einsteigen. Die Landesregierung wird sich dafür beim Bund einsetzen, zur Finanzierung der Leitungszeit die für qualitative Maßnahmen in Aussicht gestellten Bundesmittel des Gute-Kita-Gesetzes einzusetzen. Insgesamt umfasst der Pakt rund 80 Millionen Euro.

- Wir stehen für starke Hochschulen. Mit der Novelle des Landeshochschulgesetzes stärken wir die Mitwirkungsrechte der Hochschulmitglieder und setzen einen Akzent auf Gründungsförderung.
- **Zusammenfassend: Wir investieren dort, wo wir einen großen Bedarf sehen - beim Ausbau der Ganztageschule, im Mathematik- und Deutschunterricht in den Grundschulen, durch den Aufbaukurs Informatik, bei der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe, bei der Einrichtung von Oberstufen an der Gemeinschaftsschule, beim Ausbau des Fachs Ethik und des islamischen Religionsunterrichts.**
- Die Landesförderung für die Kleinkindbetreuung haben wir vervielfacht: von 109 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 824 Millionen Euro in 2017 und geplante 1,02 Milliarden Euro in 2019.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

- Ziel der Grünen ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger preiswert wohnen können. Unsere Investitionen in bezahlbaren Wohnraum erhöhten wir bereits 2017 um mehr als 20 Prozent auf 250 Millionen Euro. Damit verfünffachen wir die Mittel im Vergleich zum Jahr 2011 und setzen mit über 180 Millionen einen Schwerpunkt auf den sozialen Mietwohnungsbau.
- ⇒ Detailliert dazu: Das Programm wurde neu aufgelegt - und bewusst in die Fläche gebracht. Denn geförderter Wohnungsbau fehlt insbesondere auch in den ländlichen Räumen, nicht nur im Städtischen. Hier in Zahlen der **kontinuierliche Mittelanwuchs** über die letzten Jahre (liegt aber auch an den gestiegenen Mitteln aus dem Bund!):

2010: 48,45 Mio. €
 2011: 48,45 Mio. €
 2012: 68,12 Mio. €
 2013: 63,12 Mio. €
 2014: 63,12 Mio. €
 2015: 75,00 Mio. €
 2016: 205,20 Mio. €
 2017: 250,00 Mio. €
 2018: 250,00 Mio.
 2019: 250,00 Mio.
 2020: Level soll gehalten werden

- Und wir verstetigen diese Förderung und stellen für den aktuellen Doppelhaushalt 2018/19 eine halbe Milliarde zur Verfügung. Neben den Fördermitteln arbeiten wir kontinuierlich an besseren Förderbedingungen, so dass mehr Akteure für den sozialen Wohnungsbau gewonnen werden. Dazu kommen noch rund 240 Millionen Euro Landesmittel für den Städtebau.
- Außerdem haben wir die Wohnraumallianz gegründet, um ein Plattform zu schaffen, in der sich fachübergreifend allen Fragen rund ums Bauen und Wohnen gewidmet wird. Ein wesentliches Ergebnis der Wohnraumallianz ist die Förderung qualifizierter Mietspiegel, die wir mit einer halben Million Euro erreicht haben.
- Ein weiteres Ziel ist es, mehr privates Kapital für das Bereitstellen von Wohnraum zu mobilisieren.

Für mehr Teilhabe und Selbstbestimmung

- Wir kümmern uns um die Jungen - und haben deshalb die Mittel für die Jugendarbeit - Zukunftsplan Jugend und Landesjugendplan - seit 2016 um 5 Millionen im Jahr erhöht. Erstmals seit Jahrzehnten wurde auch die Förderung von Maßnahmen der offenen Jugendarbeit um 1,3 Millionen Euro jährlich ausgeweitet.

- Wir kümmern uns um die Älteren und investieren deshalb kräftig in die altersgerechte Entwicklung der Quartiere. Denn wir wollen lebendige Stadtviertel und Ortskerne. Und wir wollen, dass die Menschen auch im Alter zu Hause wohnen bleiben können.
- Zusammen mit den Mitteln aus dem Krankenhausstrukturfonds des Bundes standen 2017 für Krankenhausinvestitionen über 525 Millionen Euro zur Verfügung - so viele Mittel wie nie zuvor. Auf Grundlage der derzeitigen Haushaltsansätze für die Jahreskrankenhausbauprogramme 2018 (235,1 Millionen Euro) und 2019 (222,7 Millionen Euro) können in den kommenden zehn Jahren alle der Landesregierung derzeit bekannten Projekte gefördert werden.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen in Baden-Württemberg auch in Zukunft am richtigen Ort das richtige Angebot für eine optimale Behandlung - also eine bestmögliche medizinische Versorgung - erhalten. Dafür werden wir die Versorgungsstrukturen im Land bedarfsgerecht und wirtschaftlich weiterentwickeln.
- Stichwort Digitalisierung in Medizin und Pflege: Wir starten die Strategie zur Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Baden-Württemberg durch Nutzung digitaler Technologien.
- Wir setzen das Bundesteilhabegesetzes auf Landesebene um: Damit wird die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ein wichtiges Stück vorangebracht.
- Wir setzen das Prostituiertenschutzgesetz um und schaffen somit erstmalig eine umfassende Regelungen für das Prostitutionsgewerbe. Im Vordergrund steht dabei der Schutz der in der Prostitution tätigen Menschen und der möglichst niederschwellige Zugang zur Informations- und Gesundheitsberatungen.
- Wir unterstützen Frauen, die Hilfe brauchen. So haben wir in folgenden Bereichen die Mittel erhöht: Frauenhausfinanzierung, Landesaktionsplan gegen Gewalt, Fachberatungsstelle Opfer von Menschenhandel, Yasemin (Beratungsstelle gegen Zwangsverheiratung).
- Um Gleichbehandlung zu fördern und Diskriminierung abzubauen, wurden die Mittel für den Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte für die Jahre 2018/2019 nochmals erhöht.

Stark im ländlichen Raum

- Wir haben die Mittel für das Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELR) deutlich erhöht auf 65 bzw. 75 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2018/19. Zum Vergleich: 2010 waren es noch 50 Millionen Euro.
- Wir unterstützen unsere Bäuerinnen und Bauern: Wir haben fast 50 Millionen Euro an die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ausgezahlt, die im April 2017 Frostschäden zu verzeichnen hatten. Die Landwirte bekommen fast die Hälfte ihres Schadens ersetzt. Und: Wir werden die Landwirtschaft auch mit den Dürreschäden in 2018 nicht alleine lassen, setzen uns aber gleichzeitig für eine nachhaltige Risikovorsorge in der Landwirtschaft ein, Stichwort etwa Mehrgefahrenabsicherung.
- Wir haben die Mittel für die Telemedizin deutlich erhöht. Sie bietet große Chancen gerade im ländlichen Raum - etwa dann, wenn ein Arzt via Internet einen Spezialisten aus der Ferne hinzuziehen kann.
- Mit unserer ÖPNV-Offensive werden wir guten Öffentlichen Personenverkehr im ganzen Land ermöglichen - in ländlichen Gebieten ebenso wie in der Stadt. Bei Zuganbindungen schaffen wir mindestens einen Stundentakt und wir verbessern den Takt bei Busverbindungen.

- Wir haben Bürgerdialoge im ganzen Land durchgeführt, um eine Agenda für die Zukunft des Ländlichen Raums zu entwickeln.
- Der Wolf kommt nach BW: Wir unterstützen die Weidetierhalter bei den Vorsorgemaßnahmen wie Zaun-Bau und Schutz durch Herdenschutzhund

Bürgerschaftlichen Zusammenhalt stärken: Ehrenamt - Kunst - Sport

- Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen und von Menschen, die Verantwortung übernehmen. Deshalb fördern wir das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. So unterstützen wir etwa die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe.
- Auch der Sport führt die Menschen in unserem Land zusammen. Deshalb geben wir hier bis 2022 fast 90 Millionen Euro aus.
- Die Bedeutung von Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstreichen wir mit den neuen kunstpolitischen Leitlinien für die Legislaturperiode. Diese werden in einem breit aufgestellten Kulturdialog erarbeitet. Aber auch heute schon gehen wir voran: Im Innovationsfonds Kunst haben wir dazu eine neue Ausschreibung für „Innovative Projekte“, „Kulturelle Bildung“, „Kunst und Kultur für das ganze Land“ und „Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Flüchtlingen“ aufgelegt.
- Mit der Strategie „Kultur digital erleben“ leisten wir einen Beitrag zu Digitalisierung und Vermittlung von Kulturgut aus unseren Landeseinrichtungen. Mit der Virtual Reality Offensive eröffnen wir in Film und Medien neue Erfahrungswelten.
- Im Doppelhaushalt 2018/19 liegt ein Schwerpunkt auf der Kulturvermittlung. Wir fördern den Zugang zu Kunst und Kultur in der Breite - dazu gehört auch der Landeszuschuss zu den neuen Musikakademien und die Erhöhung der Chorleiterpauschale.

... für mehr Innovation

- Baden-Württemberg zählt zu den stärksten Wirtschaftsregionen Europas. Wir sind die innovativste Region Europas - noch vor Bayern, vor Paris oder London. Unser Land soll auch in Zukunft Spitze sein - auch in der Fläche. Deshalb stärkt die grün-geführte Landesregierung die Innovationskraft unserer Tüftlerinnen und Entwickler, ob beim Start-Up oder Weltmarktführer.
- Mit der Digitalisierungsstrategie digital@bw geht Baden-Württemberg die Herausforderungen der Digitalisierung konsequent und ressortübergreifend an. Für Projekte der Digitalisierungsstrategie haben wir im Haushalt 2017 bereits 58 Millionen Euro bereitgestellt, für die Jahre 2018 und 2019 stehen nun weitere 265 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu kommen die Fördermittel, die das Land für den Breitbandausbau zur Verfügung stellt, um schnelles Internet für alle Menschen im Land zugänglich zu machen. Hierfür stellen wir im Doppelhaushalt 2018/2019 ein Programmvolumen von über 180 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit dem Cyber-Valley schaffen wir gemeinsam mit Partnern einen der größten Forschungsverbände für künstliche Intelligenz in Europa mit internationaler Strahlkraft. Wir investieren 50 Millionen Euro in die Anschubfinanzierung. Auch Forschungsschwerpunkte in den Lebenswissenschaften, in der Bioökonomie und in der Nachhaltigkeitsforschung bauen wir weiter aus.
- Wir gehen wichtige Schritte auf dem Weg zur Verwaltung 4.0, um die Verwaltung noch bürgerfreundlicher und effizienter zu machen, beispielsweise indem wir die E-Akte einführen oder die Steuerverwaltung mit besserer IT-Technologie ausstatten.

- Wir schaffen einen Innovationsfonds Baden-Württemberg, um Existenzgründungen mit Wagniskapital zu fördern - in 2018/19 jeweils 10 Millionen Euro. An Hochschulen fördern wir die Gründerkultur in Forschung und Lehre systematisch.
- Den Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen verbessern wir durch drei Zentren für angewandte Forschung an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, die 2017 neu gestartet sind.
- Auf den Ausbau der Spitzenstellung der baden-württembergischen Wissenschaft legen wir einen besonderen Fokus und haben gleich zu Beginn der Legislaturperiode ein klares Bekenntnis zur Förderung der Spitzenforschung und zur Fortführung der Exzellenzinitiative abgegeben. Mit Erfolg: In der Hochschulförderung erhalten sechs Südwest-Unis hohe Summen von Bund und Ländern. Das teilte die Bundesforschungsministerin Ende September 2018 in Bonn mit. Nach Angaben des Stuttgarter Wissenschaftsministeriums haben damit gleich sechs Hochschulen im Land die Chance auf den Exzellenztitel. Demnach wurden Forschungsnetzwerke (Cluster) der Universitäten Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Stuttgart, Tübingen und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) als förderungswürdig angesehen. Die Fördersumme pro Cluster bewegt sich zwischen drei und zehn Millionen Euro jährlich.

Mobilität - Neue Wege gehen

- Wir packen den Transformationsprozess des Mobilitätssektors an und setzen konsequent auf die neue Mobilität.
- Die Landesregierung ist mit Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik, Umweltverbänden in einen strategischen Dialog zur Transformation der Automobilindustrie getreten. Diesen unterstützen wir und tragen ihn in die Wahlkreise. Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist es von entscheidender Bedeutung, dass Politik und Wirtschaft hier an einem Strang ziehen. Die Transformation des Mobilitätssektors ist für Baden-Württemberg kein Nebenaspekt, nicht irgendeine Baustelle von vielen, sondern eine Querschnittsaufgabe und eine zentrale Voraussetzung für den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit des gesamten Landes.
- Wir investieren mit der Landesinitiative E-Mobilität III ein Gesamtvolumen von mehr als 80 Millionen in diese Zukunftstechnologie, z.B. zur Ergänzung der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum. Bis 2020 soll es alle zehn Kilometer eine Stromtankstelle geben.
- ÖPNV: Die versprochene Finanzierungsreform ist umgesetzt. Die Aufgabenträgerschaft und Handlungsspielräume liegen seit Januar 2018 bei den Land- und Stadtkreisen. Mit dieser Neuordnung werden die Stadt- und Landkreise, die für den ÖPNV zuständig sind, zukünftig vom Land mehr Mittel und mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Mit einem Pakt für den Mittelstand im ÖPNV wollen wir gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Kommunalen Landesverbänden sicherstellen, dass mittelständische Unternehmen, insbesondere die Busunternehmen, weiterhin gute Chancen im ÖPNV-Markt haben. Damit schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für einen starken und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr, der Baden-Württemberg zu einem Wegbereiter einer modernen, zukunftsorientierten Mobilität macht.
- Ein Meilenstein! Mit Einführung des Baden-Württemberg-Tarifs zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 werden die Fahrpreise im Schienenpersonennahverkehr durchschnittlich 20 Prozent sinken. Gleichzeitig ermöglicht der Baden-Württemberg-Tarif die Anschlussmobilität in den Verkehrsverbänden. Die Fahrgäste brauchen nur noch ein Ticket um von A nach B zu kommen.
- Die Landesregierung hat weitere Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr erfolgreich abgeschlossen und Maßnahmen gegen die Schlechtleistung und Zugausfälle auf einigen Strecken

ergriffen. Mit dem Ausbau der Rheintalbahn und der Elektrifizierung der Südbahn wird unser Schienennetz zukunftsfähig. Durch Wettbewerb und neue Verträge fahren die Züge seit 2016 im dichteren Takt und bieten mehr Komfort.

- Im Straßenbau sprechen wir von Rekordumsätzen in 2017 und einem erfolgreichen Abgriff zusätzlicher Mittel des Bundes. Dabei gilt die grüne Maxime „Sanieren vor Planieren“. Auch 2018 setzen wir diesen wegweisenden Kurs fort: In die Sanierung von Landesstraßen und Brücken fließen 360 Millionen Euro - erneut eine Rekordsumme. Die Straßenbauverwaltung wurde in den Vorjahren personell aufgestockt; diesen Stellenaufwuchs setzen wir fort.
- Klimaneutrale Landesverwaltung/betriebliches Mobilitätsmanagement: Mit einer Erhöhung des Jobtickets für Landespersonal auf 25 Euro ist dieses noch attraktiver. Im Gegenzug werden demnächst schrittweise die Parkräume auf Liegenschaften des Landes bewirtschaftet. Sprich: Das kostenlose Parken fällt weg, Netto-Einnahmen sollen zu Gunsten nachhaltiger Mobilitätskonzepte und betrieblichem Mobilitätsmanagement verwendet werden.
- Wir ziehen eine positive Bilanz, was unsere Anstrengungen anbelangt, die Luft in Baden-Württemberg sauberer zu machen: Die Mess-Ergebnisse der LUBW sind erfreulich und ermutigen uns. In Stuttgart und im ganzen Land haben wir Maßnahmen umgesetzt, um die Grenzwerte bei der Luftschadstoffbelastung in den Griff zu kriegen - sie reichen über kreative Ideen von der Mooswand, über die Relex-Regionalbuslinien bis zum Nasskehrer.
- **Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket im Gesamtwert von 450 Millionen Euro sorgen wir für weiter saubere Luft. Die große Tarifreform des VVS, eine Busspur am Neckartor sowie die Fortsetzung des ÖPNV-Ausbaus und der Förderung der Elektromobilität sind wesentliche Bestandteile des Luftreinhalteplans. Für die effektive Hardware-Nachrüstung von Dieselfahrzeugen, die dann von Verkehrsbeschränkungen ausgenommen werden können, muss allerdings schleunigst die Bundesregierung sorgen.**
- Mit der ÖPNV-Offensive werden wir guten Öffentlichen Personenverkehr im ganzen Land ermöglichen. Ebenso treiben wir die Förderung des Radverkehrs konsequent voran und investieren 22 Millionen Euro im kommenden Jahr, u.a. für den Bau von Radschnellwegen.

... für mehr Nachhaltigkeit

- Unser Doppelhaushalt ist ein Meilenstein für Umwelt und Naturschutzpolitik. Noch nie in der Geschichte BW hat eine Landesregierung so viel für den Naturschutz getan, wie wir es mit dem Doppelhaushalt erreichen werden. Aus gutem Grund: Der Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt ist die zentrale Herausforderung dieses Jahrhunderts.
- Wir treiben die Energiewende voran. 2016 sind über 120 neue Windkraftanlagen und 2017 nochmal 123 Anlagen ans Netz gegangen. Seit Winfried Kretschmann Ministerpräsident ist, konnten wir die installierte Leistung verdoppeln. Sorge bereiten uns allerdings die neuen Vergaberegeln der Bundesnetzagentur, die zu einem vorübergehenden Stopp des Ausbaus in Baden-Württemberg führen könnten. Unser Umweltminister führt diesbezüglich Gespräche.
- Auch andere erneuerbare Energien werden wir voranbringen, z.B. mit dem Start einer Solaroffensive Baden-Württemberg im Jahr 2018 und der Förderung für Nahwärmenetze. Die Förderprogramme des Landes zum Klimaschutz werden 2018 und 2019 um jeweils 8 Millionen Euro dauerhaft aufgestockt.
- Mit dem Think Tank Industrielle Ressourcenstrategien und dem Konzept der Ultraeffizienzfabrik, aber auch Projekten wie der Rückgewinnung von Phosphor oder dem Einsatz von Recycling-Beton

gehen wir weiter voran, Baden-Württemberg zu dem Ort für Ressourceneffizienz in Deutschland und Europa zu machen. 5,8 Millionen Euro gibt es für dieses Thema mehr im Haushalt. Der Think Tank wird dabei zur Hälfte von der Industrie finanziert.

- Das Klima ist unser Kernanliegen. Das Land hat mit Kalifornien das einzigartige Klimaschutzbündnis «Under2Coalition» auf den Weg gebracht. In der «Under2Coalition» verpflichten sich Bundesländer, Bundesstaaten, Regionen oder Kommunen, mit konkreten Maßnahmen voranzugehen, um Treibhausgase zu reduzieren. Die Initiative zählt mittlerweile mehr als 200 Partner auf sechs Kontinenten - damit repräsentiert das Bündnis rund 1,3 Milliarden Menschen aus über 40 Nationalstaaten und rund 40 Prozent der Weltwirtschaft auf sechs Kontinenten.
- Um unsere biologischen Ressourcen effizienter nutzen zu können, setzen die Aktivitäten für eine nachhaltige Bioökonomie fort und bündeln sie im Rahmen einer Landesstrategie.
- Wir investieren in unser grünes Naturerbe: Die Stärkung des Naturschutzes setzen wir in den kommenden Jahren fort, nachdem bereits in der letzten Legislaturperiode die Naturschutzmittel schrittweise von 30 auf 60 Millionen Euro pro Jahr erhöht worden waren. Jetzt ist unser Ziel, bis zum Ende der Legislatur 90 Millionen Euro im regulären Naturschutzhaushalt einzustellen. Nach der flächendeckenden Einrichtung der Landschaftserhaltungsverbände LEV durch die grün-rote Vorgängerregierung werden diese nun endlich mit ausreichenden Mitteln ausgestattet. Und dabei sind wir mit einem Anwachsen um je 7,65 Millionen Euro für 2018 und für 2019 auf dem richtigen Weg. Dieses Geld kommt direkt der Landschaftspflege und dem Naturschutz zugute. In erster Linie profitieren hiervon die Landwirte in der Fläche.
- Wir legen mit dem Sonderprogramm Biodiversität noch eine ordentliche Schippe drauf. Um dem beängstigend rasanten Verlust an Biodiversität entgegenzuwirken, finanzieren wir einen breiten Maßnahmenkatalog im Sonderprogramm Biodiversität. Darin stehen in 2018 und 2019 insgesamt 36 Millionen Euro für verschiedene Maßnahmen zur Verfügung, darunter etwa Erhalt und Entwicklung von Natura 2000 Gebieten, Extensivierung von Kulturlandschaft, Moorschutz, Biotopverbund, Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, Förderung Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl, Förderung der biologischen Vielfalt in Ackerbauregionen, ökologische Aufwertung des Straßenbegleitgrüns, Wiedervernetzung von Lebensräumen etc.
- Wir stärken die UNESCO Biosphärengebiete. Mit weiteren 2 Millionen (je 1 Million 2018 und 2019) sowie insgesamt 10 Neustellen stärken wir das Biosphärengebiet Schwäbische Alb sowie das neue Biosphärengebiet Schwarzwald.
- Das Land setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine nachhaltigere Landwirtschaftspolitik mit mehr Geld für Natur- und Umweltleistungen der Betriebe ein (eine Stärkung in der sogenannten „zweiten Säule“). Davon profitieren Bäuerinnen und Bauern, Heimat und Natur.
- Wir machen den Ökolandbau zu einer Erfolgsgeschichte in Baden-Württemberg: Seit 2011 hat der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche in Baden-Württemberg von 8 auf 12% zugenommen. In vier Bio-Musterregionen in Baden-Württemberg wird seit Januar 2018 der Öko-Landbau-Sektor (Landwirtschaft, Verarbeitung, Lebensmittelhandwerk und Handel) mit innovativen Ideen, Wissen und Engagement vorangebracht. Weitere 4 Regionen folgen in Kürze. An der Universität Hohenheim wird in diesem Jahr ein Kompetenzzentrum für den Ökolandbau eingerichtet und die Beschaffungsverordnung wurde dahingehend verändert, dass die landeseigenen Kantinen angehalten sind, 20% Bio-Lebensmittel anzubieten.
- Wir treiben gesunde Ernährung voran: Das erfolgreiche Grüne Modellvorhaben zu ökologischen und regionalen Produkten in der Außer-Haus-Verpflegung „Mach's Mahl“ wird ausgeweitet. Ab 2018/19 werden sich zahlreiche landeseigene Kantinen, aber auch Schulumensens oder Reha-Kliniken beteiligen - mit dem Ziel, mehr regionale Produkte zu servieren, mindestens jedoch einen Anteil von 15 Prozent Bio-Lebensmittel zu realisieren.

- Verbraucherschutz hat für uns Grüne oberste Priorität: Deshalb stocken wir seit 2011 das Personal systematisch und deutlich auf, das zum Beispiel für die Lebensmittelüberwachung zuständig ist, für das Überwachen des Tierwohls oder in der Seuchenprophylaxe und in Seuchenfällen gefragt ist. Denn die Personalausstattung muss den wachsenden Anforderungen angepasst werden. Die Mittelausstattung der VZ wurde kontinuierlich erhöht, so dass eine weitere Zweigstelle in Reutlingen eröffnet werden konnte.
- Wir haben die Tierheimförderung verstärkt. Der Landesanteil wird auf 40 Prozent (bisher 1/3) erhöht und der maximale Förderbetrag von 100 000 auf 150 000 Euro angehoben.
- Wir stärken die Umweltverwaltung für die Zukunft. Mit insgesamt 225 Neustellen im Land und weiteren 31 Neustellen bei den Kommunen gebieten wir den seit 2005 andauernden Stelleneinsparungen bei der Naturschutz- und Umweltverwaltung endlich Einhalt. Zur Klarstellung: Diese Stellen kommen v.a. den Kommunen zu Gute. Lediglich 12,5 sind beim Umweltministerium angesiedelt. 36 Stellen sind direkt bei den unteren Verwaltungsbehörden angesiedelt, also bei den Kreisen. Der größte Teil dieser Stellen wird bei den Regierungspräsidien geschaffen.
- Mit diesen Stellen machen wir die Verwaltung innovativ, zukunftsfit und schlagkräftig. Auf der einen Seite verbessern wir die Beratung für Unternehmen und Bürger*innen, beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren und stärken damit den Wirtschaftsstandort. Auf der anderen Seite statten wir die Verwaltung so aus, dass die Einhaltung von Standards, Grenzwerten und Gesetzen besser kontrolliert und überwacht werden kann. Ebenso kann eine leistungsfähige Verwaltung die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen und den effizienten Einsatz von Geldern für Natur- und Umweltschutzprojekte besser überprüfen. Und nicht zuletzt ermöglichen wir der Verwaltung damit den Raum, innovative Ideen und Konzepte für Umwelt- und Naturschutz zu entwickeln. Damit Baden-Württemberg auch weiterhin Vorreiter bei umwelt-, klima- und ressourcenschonenden Technologien sein kann.

Nachhaltig haushalten

- Große Anstrengungen haben wir unternommen, um die finanzielle Nachhaltigkeit des Landes zu sichern. Wir bringen die Einnahmen und Ausgaben des Landes dauerhaft ins Lot und beenden die Politik auf Pump. Mit der Haushaltskonsolidierung setzen wir wichtige Impulse für Innovation und sichern Gestaltungsspielräume für morgen und übermorgen. Bei uns ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in guten Händen.
- Mit den beschlossenen Haushalten für 2017, 2018 und 2019 haben wir einen großen Schritt zu dauerhaft soliden Finanzen getan. Nachdem bereits 2011, 2012 keine neuen Schulden gemacht wurden, hat Baden-Württemberg unter grüner Führung nunmehr fünf Haushalte in Folge ohne neue Schulden erreicht. Das ist in der Geschichte des Landes noch nie gelungen. Wir nehmen keine neuen Schulden auf und haben die strukturelle Deckungslücke fast vollständig geschlossen um rund ein Drittel. Wir werden die Schuldenbremse nicht mit Ach und Krach einhalten, sondern souverän und verlässlich. Wir balancieren dafür die Einsparungen und zusätzliche Ausgaben klug aus.
- 2018 schaffen wir den Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik: Erstmals in der Geschichte unseres Landes reduzieren wir den Schuldenberg und tilgen eine Milliarde Euro Kreditmarktschulden.
- Und wir nutzen einmalige Spielräume, um kräftig in die Digitalisierung und die Sanierung unserer Gebäude und Straßen zu investieren. So sichern wir die Zukunft unseres Landes und bauen die implizite Verschuldung mit Milliardenbeträgen ab.

- Diese Landesregierung hat entscheidend zur Einigung über die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern beigetragen und ein sehr gutes Ergebnis erzielt, das Baden-Württemberg ab 2020 um jährlich rund 570 Millionen Euro entlastet.

Verlässlicher Partner der Kommunen

- Wir Grünen wollen gute Daseinsvorsorge in den Kommunen, von der Kinderbetreuung bis zu hochwertiger Mobilität, Krankenhäusern, Wohnungen, Beratung und Hilfen in Notlagen - und dafür stellen wir sie gut aus. Seit 2011 sind die Leistungen des Landes an die Kommunen um fast drei Milliarden Euro gestiegen.
- Grün-Schwarz setzt die unter Grün-Rot gestärkte kommunalfreundliche Politik engagiert fort. Unter der grün-geführten Landesregierung wurde die Landesförderung für die Kleinkindbetreuung vervielfacht: von 109 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 824 Millionen Euro in 2017 und geplante 1,02 Milliarden Euro in 2019.
- Den Kommunalen Investitionsfonds (KIF) stocken wir weiter auf, von 865 Millionen in 2017, auf 930 Millionen in 2018 und auf 950 Millionen in 2019.
- Auch den Ausgleichstock werden wir ab dem Jahr 2019 um eine Inflationsanpassung in Höhe von 10 Millionen Euro jährlich erhöhen.
- Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir einen Finanzpakt mit den Kommunen ausgehandelt, der bis 2021 Planungssicherheit bietet, die Kommunen finanziell solide ausstattet und die Integration vor Ort mit 160 Millionen Euro zusätzlich in 2017 und 2018 unterstützt.
- Aus dem von uns neu aufgelegten Kommunalen Sanierungsfonds des Landes fließen in den Jahren 2017 bis 2019 423 Millionen Euro für die Sanierung von Schulgebäuden und Brücken an die Städte, Kreise und Gemeinden. Nach der Mai-Steuerschätzung 2018 kämen durch den Nachtragshaushalt 2018 und 2019 zusammen nochmals 130 Mio. Euro hinzu. Damit würde sich der Sanierungsfonds im Zeitraum 2017 bis 2019 insgesamt auf 553 Mio. Euro erhöhen.
- 2017 ist das Land erstmals seit 2006 wieder in die Schienenfahrzeugförderung für den kommunalen ÖPNV eingestiegen. Für den Ersatz von Straßenbahnen und Stadtbahnen stehen jährlich 20 Millionen Euro bereit.
- Mit der im Juli 2018 beschlossenen Fortführung des Landesverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen umwelt- und klimafreundliche Mobilität gewährleisten können. Die Mittel für kommunale Straßen, Radwege und den Ausbau von Bus und Bahn werden vom Land mit 165 Millionen Euro weitergeführt. Damit ersetzt das Land die mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern entfallenden Entflechtungsmittel.
- Ende Juli ist es uns nach intensiven Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden gelungen, ein umfangreiches Zukunftspaket für die Kommunen mit einem Volumen von rund 1,6 Milliarden Euro zu schnüren. Dazu gehören unter anderem der Pakt für Bildung und Betreuung mit 80 Millionen Euro, die Erhöhung der Kindergartenförderung, ein Digitalisierungsprogramm für die Schulen im Land, der Ausbau der Verkehrsförderung in den Kommunen ab 2020, die Krankenhausförderung und die Beteiligung des Landes an den Sozialleistungen für geduldete Flüchtlinge.
- Unsere Beamten machen einen richtig guten Job. Das Land steht im Wettbewerb um gute Fachkräfte. Wir sorgen dafür, dass der öffentliche Dienst attraktiv bleibt, die Landesbeschäftigten an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und zugleich die finanziellen Spielräume

im Landeshaushalt berücksichtigt werden. Zum 1. Januar 2018 haben wir die Absenkung der Eingangsbesoldung komplett abgeschafft.

Wer's kurz braucht ...

Wir machen unser Land fit für die Zukunft und die kommenden Generationen.

Die grün-geführte Landesregierung legt den fünften Haushalt in Folge ohne neue Schulden vor - das gab es in der Geschichte Baden-Württembergs noch nie. Wir werden sogar eine Milliarde Euro an Schulden abbauen. Auch eine so hohe Schuldentilgung gab es noch nie. Und wir verzichten auf Steuererhöhungen.

Wir Grüne wissen die Kommunen, Kreise und Städte als verlässliche Partner zu schätzen. Diese Wertschätzung bringt das Land zum Ausdruck. Seit 2011 sind die Leistungen des Landes an die Kommunen um fast 3 Milliarden angestiegen.

Und es gibt noch mehr gute Nachrichten für die Kommunen: Die Kommunen profitieren über den kommunalen Sanierungsfonds mit 10 Prozent an den Mehreinnahmen des Landes, die das Land zur Tilgung einsetzen muss. Damit unterstützen wir die Kommunen bei der Modernisierung ihrer Schulen und ihres Straßennetzes. Ende Juli 2018 ist es uns nach intensiven Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden gelungen, ein umfangreiches Zukunftspaket für die Kommunen mit einem Volumen von rund 1,6 Milliarden Euro zu schnüren. Dazu gehören unter anderem der uns besonders wichtige Pakt für Bildung und Betreuung mit 80 Millionen Euro.

Bei den Investitionen setzen wir in den kommenden beiden Jahre klare grüne Schwerpunkte - etwa:

- die Stärkung des Umwelt- und Naturschutz und damit in den Schutz unserer Lebensgrundlagen, unter anderem mit einem Sonderprogramm Biodiversität zum Erhalt der Artenvielfalt. Insgesamt war noch nie so viel Geld für Natur- und Umweltschutz in einem Landeshaushalt wie im Doppelhaushalt 2018/19. Nachdem bereits in der letzten Legislaturperiode die Naturschutzmittel schrittweise von 30 auf 60 Millionen Euro pro Jahr erhöht worden waren, ist unser Ziel, bis zum Ende der Legislatur 90 Millionen Euro im regulären Naturschutzhaushalt einzustellen.
- Erfolgsgeschichte Ökologischer Landbau in Baden-Württemberg: Wir haben den Ökolandbau gut unterstützt: Unter Grüner Führung hat sich die ökologisch bewirtschaftete Fläche von 8% auf 12% gesteigert. Wir weisen 8 Bio-Musterregionen aus, um den Ökolandbau in BW entscheidend voranzubringen.
- Investitionen in eine intelligente, zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. In die Sanierung der Landesstraßen und Brücken fließen 360 Millionen Euro - eine Rekordsumme.
- Für die Wohnraumförderung gibt es im Doppelhaushalt eine halbe Milliarde - damit setzen wir insbesondere die soziale Wohnraumförderung auf Rekordniveau fort.
- Insgesamt nimmt das Land 325 Millionen Euro für Digitalisierungsmaßnahmen in die Hand. Hinzu kommen für den Doppelhaushalt 2018/2019 rund 210 Millionen Euro für den Breitbandausbau in Baden-Württemberg.
- Wir investieren besonders viel in die Bildung. Jeden fünften Euro gibt das Land für Bildung aus.
- Bei der Inneren Sicherheit stärken wir die Polizei vor Ort mit 1500 neuen Stellen in den kommenden zwei Jahren. Unser Ziel ist klar: Baden-Württemberg soll weiterhin das sicherste Bundesland bleiben.